

Egon Bahr

Egon Bahr bei wikipedia > > >

(1922 – 2015)

1972 – 1974 Bundesminister für besondere Aufgaben

1974 – 1976 Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Ab 1984 war er Honorarprofessor an der Universität
Hamburg

2008 Göttinger Friedenspreis

2015 Friedrich-Joseph-Haass-Preis des Deutsch-
Russischen Forums

Wandel durch Annäherung

Egon Bahr am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing

„Es ist in den letzten Tagen schon eine ganze Menge über das Thema der Wiedervereinigung gesagt worden. Ich möchte kein Korreferat dazu halten, sondern nur einige Bemerkungen machen. Sie sind zur Anregung der Diskussion gedacht und entspringen dem Zweifel, ob wir mit der Fortsetzung unserer bisherigen Haltung das absolut negative Ergebnis der Wiedervereinigungspolitik ändern können, und der Überzeugung, daß es an der Zeit ist und daß es unsere Pflicht ist, sie möglichst unvoreingenommen neu zu durchdenken. Natürlich muß man dabei davon ausgehen, daß nicht nur das Berlin-Problem nicht isoliert gelöst werden kann, sondern auch das Deutschland-Problem eben Teil des Ost/West-Konfliktes ist.

Die Parole ‚Deutsche an einen Tisch‘ war immer eine Parole, die nur der Anerkennung der deutschen Teilung dienen sollte. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß die Sowjetunion auch heute noch ihre harte Hand auf dem deutschen Glacis hält. Die theoretische Vorstellung, daß in Ost-Berlin ein Demokrat säße, macht sofort deutlich, daß die sowjetische These, die Wiedervereinigung sei allein Sache der Deutschen, die Herrschaft eines sowjetischen Vizekönigs in Ost-Berlin voraussetzt. Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjet-Union zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjet-Union, nicht ohne sie. Wer Vorstellungen entwickelt, die sich im Grunde darauf zurückführen lassen, daß die Wiedervereinigung mit Ost-Berlin zu erreichen ist, hängt Illusionen nach und sollte sich die Anwesenheit von 20 oder 22 gut ausgerüsteten sowjetischen Divisionen vergegenwärtigen.

Die Wiedervereinigung ist ein außenpolitisches Problem. Es widerspricht zwar vielen Resolutionen, aber es entspricht der realen Lage, wenn innerhalb der Bundesregierung nicht das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, sondern das Auswärtige Amt für diesen Komplex zuständig ist. Niemand ist deshalb auf den Gedanken gekommen, daß diese Ressorteinteilung etwa eine Anerkennung der DDR bedeute.

Die amerikanische Strategie des Friedens läßt sich auch durch die Formel definieren, daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. Die Änderung des Ost/West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll. Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zur Erstarrung des Status quo geführt hat. Das Vertrauen darauf, daß unsere Welt die bessere ist, die im friedlichen Sinn stärkere, die sich durchsetzen wird, macht den Versuch denkbar, sich selbst und die andere Seite zu öffnen und die bisherigen Befreiungsvorstellungen zurückzustellen.

Die Frage ist, ob es innerhalb dieser Konzeption eine spezielle deutsche Aufgabe gibt. Ich glaube, diese Frage ist zu bejahen, wenn wir uns nicht ausschließen wollen von der Weiterentwicklung des Ost/West-Verhältnisses. Es gibt sogar in diesem Rahmen Aufgaben, die nur die Deutschen Erfüllen können, weil wir uns in Europa in der einzigartigen Lage befinden, daß unser Volk geteilt ist.

Die erste Folgerung, die sich aus einer Übertragung der Strategie des Friedens auf Deutschland ergibt, ist, daß die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet. Entweder freie Wahlen oder gar nicht, entweder gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit oder ein hartes Nein, entweder Wahlen als erster Schritt oder Ablehnung, das alles ist nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos. Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen. Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, daß man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjet-Union unmöglich, sich die Zone zum Zwecke einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen. Die Zone muß mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan.

Nun kann es kaum Zweifel geben, daß Änderungen in der Zone besonders schwer zu erreichen sind. Die Zone ist in der politischen Entwicklung zurückgebliebener als Polen, Ungarn und die Sowjet-Union. Und das hat seine Gründe. Ulbricht konnte sich halten, nicht obwohl, sondern gerade weil er der letzte Stalinist ist. Die Erfahrungen des Jahres 1953 haben den Kreml gezeigt, wie gefährlich es in seinem Sinne ist, wenn in der deutschen Zone Erleichterungen für die Menschen gewährt werden. Denn gerade weil es sich um den Teil eines gespaltenen Volkes handelt, schlagen anders als etwa in Polen oder in der Sowjetunion soziale oder wirtschaftliche Forderungen sofort um in politische und nationale. Das Gefälle zur Bundesrepublik ist da. Und es ist durch die 18jährige kommunistische Herrschaft nicht zu beseitigen gewesen. Aus der Forderung nach geringeren Normen ist am 16. Juni 1953 auf dem Wege von der Stinallee bis zum Haus der Ministerien die Forderung nach freien Wahlen geworden. Die Zügel glitten dem Ulbricht-Regime aus der Hand und konnten nur von den sowjetischen Panzern wieder aufgenommen werden. Das Ergebnis war eine Befestigung der Stellung Ulbrichts.

Wenn es richtig ist, und ich glaube, es ist richtig, daß die Zone dem sowjetischen Einflußbereich nicht entrissen werden kann, dann ergibt sich daraus, daß jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos ist. Diese Folgerung ist rasend unbequem und geht gegen unser Gefühl, aber sie ist logisch. Sie bedeutet, daß Änderungen und Veränderungen nur ausgehend von dem zur Zeit dort herrschenden verhaßten Regime erreichbar sind. Das ist nicht ganz so erschreckend, wie es klingt, nachdem wir schließlich mit diesem Regime schon eine ganze Weile zu tun haben und auch auf der verschämten Ebene der Treuhandstelle für den Interzonenhandel sprechen.

An dieser Stelle drängt sich naturgemäß die Überlegung auf, ob es nicht durch einen totalen Stopp sämtlicher auch noch bestehender wirtschaftlicher Verbindungen denkbar wäre, das Gebäude der Zone zum Einsturz zu bringen. Man könnte sogar noch einen Schritt weitergehen und dem theoretischen Gedanken nachhängen, ob es nicht durch eine Verschärfung der Situation, die man bewußt fördert, zu einem Zusammenbruch kommen könnte. Die kühle Überlegung führt zu einer totalen Ablehnung des Gedanken. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten zu einem Zusammenbruch des Regimes führen könnten. Die gutgemeinten Ratschläge der Menschen aus der Zone: brecht den Handel ab, wir schnallen uns gern unseren Gürtel noch enger, zeigen leider keinen

Weg. Mehr noch: wir wissen eben aus Erfahrung: zunehmende Spannung stärkt Ulbricht und vertieft die Spaltung. Ganz abgesehen davon, daß eine derartige Haltung die Lage Berlins unberücksichtigt ließe.

Der nächste Einwand ergibt sich aus unserer berechtigten Ablehnung, das Zonenregime anzuerkennen. Ich halte die Diskussion um die Anerkennung zuweilen insofern für zu eng und vielleicht sogar gefährlich, weil sie uns in eine Sackgasse führen und jegliche Politik verbauen kann. Die selbstverständliche und von niemandem in Frage gestellte Weigerung, die Zone als einen selbständigen Staat anzuerkennen, darf uns nicht lähmen. Jahrelang haben die Botschafter Rotchinas und der Vereinigten Staaten in Genf und Warschau miteinander verhandelt, ohne daß deswegen die USA Rotchina anerkannt hätten oder man auch nur behauptet hat, diese Gespräche seien eine Anerkennung. Der Innenminister der Deutschen Demokratischen Republik – ohne Anführungsstriche – hat den in Berlin stationierten Alliierten am 13. August 1961 verboten, weiterhin von ihrem Recht Gebrauch zu machen, den Ostsektor der Stadt auf allen Wegen zu betreten, und sie auf den einen Übergang am heutigen Checkpoint Charly beschränkt. Als die Alliierten dieser Anweisung folgten, hat niemand deshalb behauptet, das sei eine Anerkennung der ‚DDR‘. Das hat auch niemand behauptet, als wider jedes Recht Truppen der Zone nach Ostberlin einmarschierten und sich den Amerikanern, Engländern und Franzosen gegenüberstellten, um dafür zu sorgen, daß die genannten Anordnungen befolgt werden. Wenn heute ein Flüchtling durch die Spree schwimmt und beschossen wird, oder der Bus von Flüchtlingen sich in dem Slalom-System verklemmt und auf die Menschen geschossen wird, dann geschehen noch Verbrechen, oder nicht? Aber dann darf unsere Polizei nicht zurückschießen und nichts tun, um diese Verbrechen zu verhindern. Und niemand hat bisher zu sagen gewagt, daß dies die brutalste Form der Anerkennung sei. Es gibt einen bevollmächtigten Verhandlungsführer, mit entsprechenden Schreiben des Bundeswirtschaftsministers und des Regierenden Bürgermeisters ausgestattet, sein Name ist Dr. Leopold, der mit einem Bevollmächtigten der anderen Seite seit Jahren verhandelt. Aber auch das ist keine Anerkennung. Jedenfalls hat niemand das behauptet. Niemand von uns erkennt das Ulbricht-Regime an, wenn er in Töpen, in Marienborn oder in Lauenburg Wegegebühr zahlt und seinen Personalausweis im Schlitz verschwinden läßt, hinter dem er überprüft wird. Daß wir einer Reihe von Kategorien von Menschen empfehlen, den Luftweg zu benutzen, weil die anderen Wege eben nicht frei von Kontrolle und frei von Zugriffsmöglichkeiten des Ulbricht-Regimes sind, ist auch keine Anerkennung. Es ist natürlich erst recht keine, wenn die Bundesrepublik Beziehungen zu Ländern abbricht, die Beziehungen zu Pankow aufnehmen. Das könnte man höchstens als Negativform der Anerkennung bezeichnen.

Ich komme zu dem Ergebnis, daß sich unterhalb der juristischen Anerkennung, unterhalb der bestätigten Legitimität dieses Zwangsregimes bei uns so viel eingebürgert hat, daß es möglich sein muß, diese Formen auch gegebenenfalls in einem für uns günstigen Sinne zu benutzen. Wenn Dr. Leopold oder ein anderer zum Chef einer *Behörde* gemacht würde, *die sich nicht nur mit den Fragen des Interzonenhandels beschäftigt, sondern mit allen Fragen, die zwischen den beiden Teilen Deutschlands von praktischem Interesse sind*, dann würde ich darin um so weniger eine substantielle Änderung der heutigen Situation erblicken können, als die Treuhandstelle für den Interzonenhandel ja auch schon bisher nicht ausschließlich Handelsfragen beschlossen hat.

Der amerikanische Präsident hat die Formel geprägt, daß soviel Handel mit den Ländern des Ostblocks entwickelt werden sollte, wie es möglich ist, ohne unsere Sicherheit zu gefährden. Wenn man diese Formel auf Deutschland anwendet, so eröffnet sich ein ungewöhnlich weites Feld. Es wäre gut, wenn dieses Feld zunächst einmal nach den Gesichtspunkten unserer Möglichkeiten und unserer Grenzen abgesteckt würde. Ich glaube, sie sind sehr viel größer als alle Zahlen, die bisher genannt wurden. Wenn es richtig ist, daß die Verstärkung des Ost-West-Handels mit der genannten Einschränkung im Interesse des Westens liegt, und ich glaube, es ist richtig, dann liegt sie auch im deutschen Interesse, erst recht in Deutschland. Wir brauchen dabei nicht pingelig zu sein, um diesen bekanntgewordenen Kölner Ausdruck für eine bekannte Haltung zu benutzen.

Das Ziel einer solchen Politik kann natürlich nicht sein, die Zone zu erpressen, denn kein kommunistisches Regime, und schon gar nicht das so gefährdete in der Zone, kann sich durch Wirtschaftsbeziehungen in seinem Charakter ändern lassen. Aber das haben schließlich auch nicht die Amerikaner verlangt, als sie Polen Kredite gaben, und das ist auch nicht der Sinn des amerikanischen Wunsches nach verstärktem Osthandel. Uns hat es zunächst um die Menschen zu gehen und um die Ausschöpfung jedes denkbar und verantwortbaren Versuchs, die Situation zu erleichtern. Eine materielle Verbesserung müßte eine entspannende Wirkung in der Zone haben. Ein stärkeres Konsumgüterangebot liegt in unserem Interesse. In der Sowjetunion ist der Konsumwunsch gewachsen und hat zu positiven Wirkungen beigetragen. Es ist nicht einzusehen, warum es in der Zone anders sein sollte. Die Sowjetunion ist angetreten mit dem Ziel, den Westen einzuholen und zu überholen, gerade auch auf dem Gebiet des Lebensstandards, auf dem der Westen am stärksten ist. Abgesehen davon, daß es sich dabei um ein Ziel handelt, das den Westen als Vorbild hinstellen muß und an seiner Leistung orientiert ist, ist offensichtlich, daß diese Politik nicht allein die Zone innerhalb des Ostblocks ausnehmen kann. Den Prozeß zur Hebung des Lebensstandards zu beschleunigen, weil sich dadurch Erleichterungen mannigfacher Art für die Menschen und durch verstärkte Wirtschaftsbeziehungen verstärkte Bindungen ergeben können, würde demnach in unserem Interesse liegen.

Man könnte sogar die Sorge haben, daß dann die Unzufriedenheit unserer Landsleute etwas nachläßt. Aber eben das ist erwünscht, denn das ist eine weitere Voraussetzung dafür, daß in dem Prozeß zur Wiedervereinigung ein Element wegfallen würde, das zu unkontrollierbaren Entwicklungen führen könnte und damit zu zwangsläufigen Rückschlägen führen müßte. Man könnte sagen, das Regime würde gestützt, aber ich habe eben zu entwickeln versucht, daß es keinen praktikablen Weg über den Sturz des Regimes gibt. Ich sehe nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, daß sich daraus nicht die Gefahr eines revolutionären Umschlags ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischem Interessen zwangsläufig auslösen würde.

Die Bundesregierung hat in ihrer letzten Regierungserklärung gesagt, sie sei bereit, 'über vieles mit sich reden zu lassen, wenn unsere Brüder in der Zone sich einrichten können, wie sie wollen. Überlegungen der Menschlichkeit spielen hier für uns eine größere Rolle als nationale Überlegungen.' Als einen Diskussionsbeitrag in diesem Rahmen möchte ich meine Ausführungen verstanden wissen. Wir haben gesagt, daß die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist. Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht

Möglichkeiten gibt, diese durchaus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, daß auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir Selbstbewußtsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusionen zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Frieden einpaßt, denn sonst müßten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.“

Dieser Beitrag wurde der Zeitschrift Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Heft 8/1973, S. 862-865 entnommen.

Hervorhebungen und unterschiedliche Schreibweisen wurden vom Herausgeber vorgenommen und basieren offensichtlich auf dem Manuskript des Redners.

MENSCHENRECHTE SIND WICHTIG. FRIEDEN IST WICHTIGER

Egon Bahr. Geboren 1922 in Thüringen. Nach dem Kriege zunächst Journalist, dann, nachdem er sich Willy Brandt angeschlossen hatte, die »graue Eminenz« der Entspannungspolitik und der Vereinigungspolitik. Von Mißtrauen verfolgt, vom Vertrauen Willy Brandts gefördert – der Mann, der wahrscheinlich mehr vertrauliche Kontakte zwischen West und Ost gepflegt hat, der mehr getan hat für die Herstellung der Einheit, als ihm von seinen Feinden zugebilligt wird.

Von Bundeskanzler Adenauer hat man überwiegend mit Respekt gesagt, er sei ein Schlitzohr und benutze im politischen Notfall bedenkenlos die Notlüge. Ihnen, Herr Bahr, wird das Gleiche nachgesagt, aber weniger mit Respekt, sondern oft im Tonfall einer böartigen Unterstellung. Ist Ihnen dieser Unterschied in der öffentlichen Nachrede bewußt, und kränkt er Sie?

Der Unterschied zwischen Adenauer und mir ist mir wohl bewußt. Der Unterschied in der Nachrede hat mich zuerst gekränkt. Später nicht mehr.

Wie erklären Sie ihn sich?

Was dem großen Jupiter erlaubt war, war dem kleinen Beamten Bahr natürlich nicht erlaubt.

Steckt darin auch die Einsicht, daß Sie ein richtiger Politiker hätten nie werden können – im Sinne der Demokratie, nämlich daß die Zustimmung einer Mehrheit gewonnen werden muß?

Stimmt. Auch gar nicht werden wollen.

Auch nicht werden wollen?

Ja. Für mich ist das Wichtigste im Leben, daß man erkennt, was man kann und was nicht. Und ich wußte immer, daß ich kein Held bin, der Massen begeistert oder fasziniert.

Das konnte Willy Brandt. Sie aber faszinieren die Massen, die Leser und Zuschauer bestimmter Medien dadurch, daß Ihnen unterstellt wird, das sei einer, der ein Doppelspiel spiele. Jüngst war es Ihr vermeintliches Zusammenspiel mit dem sowjetischen Geheimdienst KGB. Was immer Sie sagen zu dieser Unterstellung: Ein bestimmter Teil, und ich denke, ein relativ großer Teil der deutschen Öffentlichkeit, wird es Ihnen nicht abnehmen.

Zunächst mal sage ich dazu gar nichts mehr. Denn das Buch »Der geheime Kanal« ist da und kann nun gelesen werden. Das beruhigt mich sehr. Natürlich ist manchmal – und das ist vielleicht ein Fehler, daß ich das zugebe – eine politische Notlüge notwendig. Dazu bekenne ich mich auch. Ich sage Ihnen ein Beispiel: Ich habe in einer Schlußphase des Moskauer Vertrages dem Gromyko einen harten Brief geschrieben. Ich habe meinen Außenminister und den Kanzler nicht davon informiert, weil ich ihn allein auf meine Kappe nehmen wollte und mich die Regierung hätte desavouieren können. Als mich Falin am nächsten Morgen gefragt hat, ob das meine persönliche Meinung oder die der Regierung sei, habe ich kalt gesagt: Das ist die Auffassung meiner Regierung. Daraufhin ging er raus, und die Sache war erledigt.

Das gilt dann in der Öffentlichkeit des eigenen Landes als eine patriotische Tat. Wo ist der Unterschied zwischen der berechtigten Lüge und der nicht berechtigten Lüge in der Politik? Wenn es der eigenen Nation nützt, der eigenen Sache?

Sicher nicht nur. Nach meiner Auffassung gibt es einen Gradmesser, der immer funktioniert. Das ist das eigene Gewissen. Man

muß in sich hineinhorchen und fragen: Kannst du das vor dir verantworten – ja oder nein?

Keine demokratische Instanz?

Das Gewissen hat in unserer Verfassung einen ganz hohen Rang.

Wir kommen auf die Frage Moral und Außenpolitik. Sie sind jemand, der sich eher – nach meiner Erfahrung, wir kennen uns lange – scheut, in der Öffentlichkeit Gefühle zu bekennen. Sie haben es einmal nicht vermeiden können. Willy Brandt trat 1974 als Bundeskanzler zurück, und Herbert Wehner reichte dem Zurückgetretenen in der SPD-Bundestagsfraktion einen Blumenstrauß. Da konnte man im Fernsehen erleben, Herr Babr, wie Sie die Hände vors Gesicht nahmen und in Tränen ausbrachen. Skizzieren Sie bitte die stärksten Vorzüge Willy Brandts und die stärksten Mängel.

Der stärkste Vorzug war für mich: Das war ein Mensch, der gezeigt hat, daß Politik nicht den Charakter verderben muß. Er war ein guter Mensch. Gleichzeitig war das auch seine Schwäche. Er hat mit diesem Ich, das gezeigt hat, daß er ein Mensch blieb, Menschen gewonnen. Aber er hat sich damit auch angreifbar gemacht.

Das war seine größte Schwäche. Nun hat man ihm nachgesagt – und ich sage hier besser, damit das nicht falsch verstanden wird, ich bin ein Verehrer Willy Brandts –, daß er eine große Scheu hatte, in irgendeine Verpflichtung hineingezogen zu werden. Er hat versucht zu helfen, wo immer es ging. Aber eigentlich lieber aus der Distanz. Das klassische Beispiel ist unser Freund Konrad Ahlers, der, als er Bundestagsabgeordneter geworden ist, nachdem er vorher Regierungssprecher gewesen war, gern parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministeriums geworden wäre. Und er hatte sich fest darauf verlassen, daß sein Freund Willy Brandt ihn dazu machen würde. Willy Brandt hat es nicht getan. Damals wurde im Freundeskreis gesagt: Wenn Not am Manne ist, ist man besser von Herbert Wehner abhängig als von Willy Brandt.

Ich würde das nicht so akzeptieren. Was Sie da gesagt haben, ist eine Seite von Willy Brandt, die mit seiner Eigenschaft zusammenhängt, überhaupt Distanz zu Menschen aufrechtzuerhalten. Ich kann mich an keinen Menschen erinnern, mit dem er dienstlich zusammen war und unter Brechung aller Barrieren umarmt oder an sich selbst, an sein Innerstes herangelassen hätte.

Auch Egon Bahr nicht?

Nein. In ganz wenigen Augenblicken, die ich sagen könnte, ja. Aber ansonsten blieb immer die Distanz.

Nennen Sie die Augenblicke.

Nein, ich denke nicht dran. Und was Herbert Wehner angeht, meine ich, daß es zu seinem Charakter gehört hat – in Kenntnis und im Wissen um alle Unsäglichkeiten, die dieser Mann durchgemacht hat in Moskau –, er hatte ein lebenslanges Bedürfnis zur Wiedergutmachung, Menschen zu helfen. Und dieses hat er dann auch getan.

Wehner war so sentimental, wie man es Sachsen gern nachsagt. Brandt war, Sie haben es beschrieben, eher spröde, um es vorsichtig zu sagen. Aber hat das nicht bei beiden – die Sentimentalität Herbert Wehners und die Sprödigkeit Willy Brandts – dasselbe umbüllt: nämlich eine ganz starke Egozentrik, aus der sich ihre beachtliche politische und andere Lebensleistung gespeist hat?

Das kann ich nur bejahen. Bei wem die Lebensleistung bedeutender war, kann ich aber nicht sagen.

Haben Sie Willy Brandt geliebt, und haben Sie Herbert Wehner gelegentlich gehaßt?

Ich habe Willy Brandt wirklich geliebt. Ich habe Wehner zuweilen gehaßt, zuweilen bewundert. Zuweilen habe ich gewünscht, daß

die Entschiedenheit Herbert Wehners auf Willy Brandt abfärben würde. Der Wehner hat in einer bestimmten Phase auf den Tisch gehauen. 1973, als Willy Brandt schwach war und die Zügel locker gelassen hat, da habe ich mir mehr als einmal gewünscht: Das hättest du gern von Willy hören wollen und nicht von Wehner. Aber ich habe ihn, Wehner, dafür auch geschätzt.

Wir waren beide im Bundeskanzleramt Willy Brandts. Sie waren Bundesminister. Ich war beamteter Staatssekretär geworden. Um die Jahreswende 1973/74 dreht es sich. Da gab es einen schweren Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst. Und wir beide, Herr Bahr, haben mit, ich glaube, gemeinsamem Entsetzen gesehen, daß sich Willy Brandt seinerzeit mehr für das Redigieren eines Memoirenbuches zu interessieren schien. Jedenfalls: Er lebte sehr entrückt, und man konnte den Eindruck haben, er war dem Amt nicht mehr gewachsen, unabhängig von der Frage Guillaume, dem DDR-Spion. Ist das ganz falsch gesehen im Rückblick?

Ich würde sofort zugeben, daß Brandt in der Phase 1973, insbesondere im Herbst, Schwächeperioden hatte. Und daß er auch resignative Perioden hatte, die es übrigens immer wieder gab. Aber ich hatte das Gefühl, daß er das im Frühjahr 1974 überwunden hatte. Ich hatte nicht nur das Gefühl, sondern ich war überzeugt davon. Als wir aus Ägypten wiederkamen, hatten wir dieses neue Kabinett gebildet, und er hatte den festen Entschluß gefaßt, wieder loszumarschieren.

Zur Person Egon Bahr: Geboren am 18. März 1922 in Treffurt in Thüringen, Lehrerskind, Schulbesuch in Torgau und in Berlin. Berufswunsch Musiker. Es gab aber wegen einer jüdischen Großmutter keine Studierenerlaubnis. Auch keine Chance auf eine Offizierslaufbahn, die der junge Egon Bahr vielleicht ganz gerne eingeschlagen hätte. Ausbildung zum kaufmännischen Angestellten, Arbeit im Berliner Rüstungsbetrieb Borsig. Nach dem Krieg 1945 Journalist. Im Jahr 1956 Eintritt in die SPD, enger Mitarbeiter Willy Brandts. Mit ihm im Laufe der Zeit aus dem Schöneberger Rathaus in Westberlin über das

Bonner Auswärtige Amt ins Bundeskanzleramt. Schließlich Bundesminister, Bundestagsabgeordneter. Im Spaß habe ich Ihnen manchmal gesagt: Im Grunde sind Sie zusammen mit Herbert Wehner einer von den zwei letzten Deutschnationalen. Das war nicht nur Spaß. Sie haben nach meinem Eindruck gelegentlich deutsch-nationale Züge an sich. Warum sind ausgerechnet Sie bei der Rechten so verhaßt?

Ich glaube, der wichtigste Punkt ist, daß es einige Rechte gibt, die meinen Beitrag für die größte Wahniederlage der CDU/CSU im Laufe der Geschichte nicht vergessen können. Das war 1972. Das ist gleichzeitig der größte Erfolg der SPD in der Geschichte. Ich glaube, daran habe ich einen gewissen Anteil. Und zweitens: Wenn man die Sozis in die Ecke der Vaterlandsverräter stellen kann, ist das jedenfalls für Konservative immer bequemer als umgekehrt.

Ich knüpfe an eine Frage an, die ich ganz am Anfang gestellt habe: Kränkt es Sie? Sie haben eingangs gesagt: »Früher hat es mich gekränkt«. Ist das Gewöhnung? Kann man sich an die Unterstellungen, die Sie Ihr Lebtage begleitet haben, gewöhnen?

Nein. Zuerst kränkt es schrecklich, und man ist erbittert. Mehr als einmal hat man vielleicht gedacht: »Die sollen mich am Arsch lecken, ich gehe nach Hause.« Ich muß das nicht. Ich kann mein Geld woanders leichter und davon mehr verdienen. Wenn man – ich sage das noch mal – ein gutes Gewissen hat, dann fängt das an, nicht mehr zu schmerzen. Und dann perlt es eines Tages sogar ab. Weil man weiß: es kann dich in Wirklichkeit nicht treffen. Dann gibt es Rückfälle. Aber ich hoffe, daß ich inzwischen gelassen genug bin.

In Ihrem Büro im alten Bundeskanzleramt in Bonn hing ein Porträt von Moltke. War das kleidsam? War das Bild gerade zur Verfügung, oder war es mit Bedacht ausgesucht?

Das Gemälde war nicht ausgesucht worden. Es hing dort. Ich bin gefragt worden, ob es abgehängt werden soll. Ich habe gar nicht

dran gedacht, es abhängen zu lassen. Erstens weil der Maler Lenbach hieß. Und zweitens, weil ich den Moltke als großen Schweiger bewunderte. Und immerhin hatte er das letzte Mal einen Krieg gewonnen, nicht?

Was Ihnen was bedeutete?

Ja, selbstverständlich. Danach wurden ja zwei Kriege verloren.

Was Ihnen auch etwas bedeutete.

Ja, selbstverständlich.

Was ist für Sie der 8. Mai 1945?

Der 8. Mai ist nicht ohne den 30. Januar 1933 zu denken. Eine Mischung von Unglück und Befreiung. Er hat uns vom Nazismus befreit. Für mich war er eine Befreiung.

Ist Egon Bahr aus Neigung, aus Begabung weit mehr dem Staat verpflichtet als der Gesellschaft? Sind Sie eher ein Staatsmann als ein Politiker?

Das sind Begriffe, die ich nicht ins Verhältnis gegeneinander gestellt wissen möchte.

Ich nehme die Begriffe zurück und frage: mehr dem Staat verpflichtet – oder mehr der Gesellschaft?

Was ist die *res publica*? Das ist Staat. Auch die Gesellschaft ist Staat. Es gibt doch keinen Staat ohne Gesellschaft.

Zuerst sagen Sie Staat, und dann sagen Sie Stadt: res publica. Erst der Staat?

Stadt und Staat.

Aber es ist Ihnen recht so?

Natürlich, weil es die einzige Form ist, in der sich die Gesellschaft sehr vernünftig organisiert hat.

Warum den Anschluß an die SPD – außer der Bindung, die politisch bewußte und dann auch persönliche Bindung an Brandt? Was sonst hat Sie zur SPD gebracht? Die SPD hatte immer ihre Schwierigkeiten mit dem Staat.

Herr Gaus, das habe ich nicht so gesehen. Ich bin aus dem Krieg gekommen und hatte – auch mit dem Hintergrund der humanistischen Bildung – das Gefühl: Du mußt was dafür tun, daß so etwas nie wieder passiert! Der erste, der mir begegnete und mich tief beeindruckt hat, war Jakob Kaiser. Wenn ich damals gefragt worden wäre, ob ich in eine Partei wolle, dann hätte ich mich der CDU von Jakob Kaiser angeschlossen, ihrem Ahlener Programm mit der Brückenfunktion und der aufrechten Haltung gegenüber den Siegern. Und eben nicht Schumacher, der mir ein bißchen zu nationalistisch war. Ich bin zur SPD gekommen, nachdem ich in Bonn als Korrespondent gelernt und gesehen hatte, daß Adenauer die Einheit in Wirklichkeit nicht wollte und das Volk insofern belog. Es mag sein: in bester Absicht und in der Überzeugung, es sei gar nichts anderes drin. Deshalb kam ich zur SPD. Wenn Sie so wollen: wieder aus nationalen Gründen. Nicht, das gebe ich sofort zu, wegen der gesellschaftlichen Forderungen der SPD. Die Vergesellschaftung von Banken etc. erschien mir sinnlos. Das stand zwar im Ahlener Programm, aber darüber war die Zeit hinweggegangen. Das hatte Erhard beseitigt.

Glauben Sie, daß Adenauer ein gutes Gewissen hatte, als er das tat, von dem Sie sagen, er hat das Volk belogen?

Es war das Geheimnis Adenauers, immer ein gutes Gewissen zu haben. Auch dann, wenn andere es vielleicht nicht mehr hatten.

War das jetzt eine Respektsbezeugung oder eine Verurteilung?

Beides.

Oder war es Respekt vor der Verurteilung?

Beides.

Sie, Herr Bahr, haben den westdeutschen Beitrag zur Ost-West-Entspannungspolitik in den 60er und 70er Jahren maßgeblich vorausgedacht. Ihr Wort vom »Wandel durch Annäherung« in Tutzing 1963 hat Sie berühmt gemacht. Sie haben den westdeutschen Beitrag zur Entspannungspolitik vorausgedacht. Sie haben ihn geplant und dann auch in Vertragsverhandlungen, vor allem mit Moskau und Ostberlin, entscheidend mitgestaltet. Viele Fragen. Als erste in diesem Zusammenhang eine nach rückwärts gewandte Spekulation. Was wäre in Europa geschehen, wenn es die Entspannungspolitik nicht gegeben hätte?

Dann wäre die Konfrontation fortgesetzt worden. Dann hätte sich gezeigt, daß die Deutschen unfähig sind, sich selbst zu bewegen. Dann hätte man über sie bestimmt. Und dann hätten die beiden Supermächte natürlich auch nicht davor zurückgeschreckt, Krieg in Deutschland, über Deutschland, mit Deutschland und gegen Deutschland zu machen.

Ist die Entspannungspolitik ein Opfer Ihrer Erfolge geworden?

Sie hat im Grunde das erreicht, was sie sich vorgenommen hatte.

Hatte sie sich den Zusammenbruch des Ostblocks vorgenommen?

Sie hatte sich a) die deutsche Einheit vorgenommen, und b) einen Zustand der Sicherheit in Europa zu schaffen, in dem der Ostblock, insbesondere die Sowjetunion, nicht mehr als Bedrohung empfunden werden konnte.

Ist es für Sie eine moralische Kategorie, die staatliche Einheit gewollt zu haben?

Nein, das war für mich ein selbstverständliches Ergebnis.

Wer das nicht wollte, ist das ein Verworfenener?

Man muß akzeptieren, daß in der DDR und in der alten Bundesrepublik Menschen lebten, die inzwischen Loyalitäten zu ihren beiden Staaten entwickelt hatten.

Heute sagt man zuweilen: Wenn die Entspannungspolitik nicht betrieben worden wäre, hätte es keine Stabilisierung des Ostblocks, vor allem der DDR, gegeben. Und die Einheit hätte sich viel früher eingestellt. Ist das, was Sie und Ihresgleichen in solchen Fällen dann sagen, der mühsame Rechtfertigungsversuch dafür, daß man einen großen Teil seines Lebens an diese Arbeit hingegeben hat?

Dieser Vorwurf ist Quatsch. Es gab eine große Stabilisierung der DDR. Das war der Interzonenhandel von Adenauer. Damit war die DDR einen Schritt in der späteren EG. Und der zweite große Schritt der Stabilisierung der DDR bestand in zwanzig sowjetischen Divisionen. Mein Gott, wie konnte man die DDR mehr stabilisieren, als durch die sowjetischen Truppen hier?

Bismarck und Metternich. Sagen Sie etwas oder mehreres über den einen und den anderen.

Also Metternichs Konstrukt hat immerhin eine ganze Reihe von Jahrzehnten gehalten.

Bismarck empfand und empfinde ich als einen großen Deutschen, der es verstanden hat, aus der Mitte Europas zu denken und eine Struktur zu schaffen, die 35, 40, 45 Jahre gehalten hat. Er hat gesehen: Wenn dieses Deutschland saturiert ist, wie er gesagt hat, stellte es keine Bedrohung mehr dar und würde es auch nicht mehr als Bedrohung empfunden werden. Der Fehler Bismarcks bestand wohl darin, daß sein System zu kompliziert war, als daß es einer seiner einfacher gestrickten Nachfolger hätte managen können.

Ich will Sie nicht verlocken, sich durch einen Größenvergleich einem schrecklich peinlichen Mißverständnis auszusetzen. Dennoch frage ich: Hätten Sie mit allen Bällen, die Bismarck in die Luft geworfen hatte, spielen können?

Wir haben, als es um das Berlin-Abkommen ging, gezwungenermaßen mit mindestens sechs Bällen spielen müssen.

Wer ist ›wir‹?

Brandt, Scheel und ich. Das heißt die Vier Mächte und die beiden deutschen Staaten.

Was war das Schwerste?

Das Schwerste war, keinen Ball fallen zu lassen. Das wirklich Schwerste, das habe ich so noch nicht gesagt, bestand in unserem Wissen, daß zum ersten Mal nach dem Kriege die Deutschen die beiden Supermächte an die Hand nehmen und zusammenführen mußten. Das durften wir natürlich um alles in der Welt zu keinem Zeitpunkt auch nur erkennen lassen. Sonst hätte das alles nicht funktioniert.

Es hat in Bonn während der deutschen Teilung zwei Denkschulen gegeben. Die eine hat gesagt: ›Was soll ich zu Schmittchen gehen, wenn ich zu Schmitt gehen kann?‹ Das heißt, was soll ich zur DDR gehen, wenn ich zur Sowjetunion gehen kann. Und hat die DDR-Deutschen, die DDR als politischen Faktor in Mitteleuropa gering geschätzt und gemeint: Wir tun, was nötig ist, damit sie nicht querschießt, aber im übrigen machen wir alles mit Moskau. Die andere Denkschule hat gesagt: ›Wir müssen die DDR fördern, damit sie sich verpflichtet fühlt, die internationalen Spielregeln einzuhalten, sie nicht bedenkenlos bricht. Weil das den Verhältnissen in beiden deutschen Staaten, den Verhältnissen, unter denen in der Teilung zu leben war, ein bißchen Milderung verschafft.‹ Was sagen Sie zu dieser Neigung der Westdeutschen, es lieber in Moskau zu versuchen?

Erstens: Das eine schließt das andere nicht aus. Zweitens: Wir beide waren auf der jeweils anderen Seite der Barrikaden. Sie, Herr Gaus, haben der DDR mehr zugetraut, ihr mehr inneres Gewicht gegeben, als ich. Drittens gab es für mich überhaupt keinen Zweifel: Es hatte in Moskau zu beginnen. Moskau war der entscheidende Partner, der einzige, der die DDR-Regierung, die unser Feind war, weil sie von der Teilung und mit der Teilung lebte, bewegen konnte, vernünftig zu werden. Nachdem viertens der Moskauer Vertrag erledigt, abgeschlossen war, das Interesse der Sowjetunion an verbesserten Beziehungen mit uns geweckt war, bekam selbstverständlich die DDR ein erhöhtes Gewicht. In Ihrer Frage kann ich nicht akzeptieren, daß Sie die DDR-Regierung und DDR-Bevölkerung gleichstellen. Ich habe unterschieden zwischen dem Regime und den Menschen. Ich habe sehr genau gesehen, und das war mir bewußt: Es war ein Markstein in der deutschen Nachkriegsgeschichte, als beim Transitabkommen sich zum ersten Mal die beiden deutschen Staaten verständigen mußten, weil ansonsten die Vier Mächte nicht mehr hätten über Deutschland bestimmen können. Ohne unsere Vereinbarung wäre die Sache nicht wirksam geworden. Man muß das im Ablauf der Zeiten sehen. Im Ablauf der Zeiten hat die DDR eine stärkere Position und auch eine gewachsene Stärke im Verhältnis zur Bundesrepublik gewonnen.

Hermann Axen, Politbüromitglied der SED, zuständig für internationale Fragen, für Außenpolitik, im Grunde der Super-Außenminister in der DDR, inzwischen verstorben, war ein häufiger Gesprächspartner von Ihnen. Herr Babr, hatten Sie ein herzliches Verhältnis zu ihm?

Zunächst einmal fand ich ihn schrecklich, weil ich ihn ja nur von Bildern aus dem *Neuen Deutschland* und von seinen Erklärungen her kannte. Ein kalter Apparatschik, ein reiner Funktionär. Das war die Eingangsvorstellung. Im Laufe der Zeit habe ich dann verstanden, daß Hermann Axen ein Sensibelchen war und ein gebildeter Mensch, der wirklich die Geschichte der Arbeiterbewegung als etwas empfand, was man nicht vergessen dürfe, woran man auch

arbeiten müsse. Ich glaube, ich habe ein persönlich gutes Verhältnis zu ihm bekommen und bedaure, daß ich viele Gespräche, die ich hätte mit ihm haben können, nicht mehr haben konnte. Übrigens habe ich ihm auch noch mal gesagt, daß ich ihn in manchen Frage als zu feige empfand. Weil er als Politbüromitglied das eine oder andere hätte sagen müssen, es aber nicht getan hat.

Fühlen Sie sich ganz wohl bei der Aussicht auf einen Prozeß gegen Egon Krenz und andere Mitglieder des Politbüros?

Da fühle ich mich ganz unwohl. Ich könnte jetzt hochmütig sagen, was ich aber nicht tue: Ich bin gespannt, welche Art von Schuld sie Leuten nachweisen wollen, die ihre Pflicht getan haben, loyal gegenüber ihrem Staat, entsprechend den Gesetzen dieses Staates. Es sei denn, sie haben Gesetze dieses Staates überschritten.

Definieren Sie bitte, was Moral ist in der Außenpolitik – aber jetzt nicht nur als Gradmesser des eigenen Gewissens?

Ich glaube, daß es ohne ethische Grundsätze, ohne das Geländer der Moral nicht geht. Es tut mir schrecklich leid, auch wenn Sie mir das verbieten wollen: Die letzte Instanz dafür, was erlaubt und was nicht erlaubt ist, bleibt das Gewissen.

Ich will's Ihnen nicht verbieten. Aber Sie haben bereits zweimal als Antwort auf das Gewissen verwiesen. Und in der Außenpolitik, so wie sie im demokratischen Zeitalter, in dem wir leben, betrieben wird, wird Moral auch zum Beispiel von Menschenrechten bestimmt. Oder – es ist neuerdings wieder mehr im Schwange – von dem Anspruch, nationale Identität zu wahren. Das sind alles Dinge, die nicht unbedingt vom Gewissen umspannt werden, sondern davor gelagert sind oder dazu kommen. Darum habe ich gesagt: ›Nicht nur aufs Gewissen verweisen.‹ Wir leben in einem demokratischen Zeitalter. Zu dieser Massendemokratie gehören, was unvermeidlich geworden ist, Stimmungsmache, Emotionen, gehören Propaganda und Agitation, unterschiedlich in der Machart, das

gibt es in jedem System. Macht uns das außenpolitisch handlungsunfähiger, belastet das die Möglichkeiten?

Selbstverständlich. Abgesehen davon, daß es zum Teil dumm ist. Es ist dumm, Menschenrechte zum Beispiel als Keule zu benutzen. Was zu Hause sehr populär ist. Aber natürlich nicht dazu beitragen kann, etwas zu erreichen. Wenn ich wirklich etwas ändern will. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Beispielen nennen, wo ich entsetzt war. Außerdem finde ich es sehr fragwürdig, wenn man unseren Menschenrechtsbegriff, der vom christlichen Abendland geprägt ist, mit großer Selbstverständlichkeit von anderen Kulturkreisen einfordert. Das ist nicht möglich. Es gibt bestimmte Menschenrechtsformulierungen in der Charta der Vereinten Nationen, die werden zum Teil gleich, zum Teil unterschiedlich formuliert, auf die kann man sich zurückziehen. Aber ich halte den Begriff des Friedens für wichtiger, wenn diese Welt überleben soll, als den Begriff der Menschenrechte.

Mit der Auflösung der Blöcke hat in Europa die Stabilität ihr Gewicht verloren. Sie ist geringer geworden. Es kommt wieder schneller zu Kriegen. Fallen wir ins 19. Jahrhundert zurück?

Diese Gefahr besteht. Ich würde vorher jedoch gern auf ihre letzte Frage in einem Punkt zurückkommen. Der Brandt, von dem ich nicht sagen kann, daß er ein unmoralischer Mensch gewesen sei, hat die fabelhafte Formulierung benutzt: »Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.« Zunächst mal geht es darum zu überleben. Ich sehe selbstverständlich, daß – aus der Disziplin des Kalten Krieges entlassen – sich viele Nationen jetzt den Luxus glauben leisten zu können, mal wieder ein bißchen Krieg zu spielen. Die Gefahr des atomaren Untergangs besteht nicht mehr. Sie ist annähernd auf Null reduziert. Nicht zwischen den beiden Großen, da gibt es die Gefahr nach wie vor.

Haben Sie je geglaubt, daß es zwischen den beiden Großen in der Stabilität des Systems von Jalta zu einem Krieg kommen könnte?

Absolut. Menschlicher Irrtum oder auch Verkennung von Umständen ... Die Diskussion eines auf Europa oder Deutschland begrenzten atomaren Krieges ist ja nicht meine Erfindung gewesen. Das war eine amerikanische Diskussion.

Zurück zur Gegenwart: Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß wir kein Konzept haben, an den wir die verschiedenen Konflikte messen und beurteilen können. Warum sollten 20 Millionen Kurden eigentlich weniger Recht auf Selbstbestimmung haben als die Kroaten, die Bosnier, die Tschetschenen? Wo fängt der Punkt an, wo ich zweifelsfrei definieren kann: Ein Volk mit eigener Geschichte und eigener Identität hat ein Recht auf einen eigenen Staat?

Wo fängt also unsere Moral in der Außenpolitik an?

Die Moral in der Außenpolitik fängt an, indem man sagt: »Gewaltfreiheit ist das oberste Gebot.«

Hätten wir uns in der Jugoslawienpolitik anders verhalten sollen?

Selbstverständlich. Wir haben viel zu früh anerkannt oder auf Anerkennung gedrungen. Keine Partei kann sich von diesem Fehler ausnehmen. Ich bin der Auffassung, daß Gewaltverzicht zur Veränderung bestehender Grenzen, egal wie sie zustande gekommen sind, das erste Gebot sein muß. Natürlich mit Minderheitsrechten für die Minderheiten auf jeder Seite.

Ist das so realistisch wie der Traum der Sozialisten vom Sozialismus?

Gewaltfreiheit ist über jede Kultur, über jede Gesellschaftsordnung hinaus klar definierbar.

Ist es nicht doch so, daß wir, Sie, ich, unsere Generation erleben mußten, daß die Erwartung, die wir 1945 hatten, was alles unter das Wort »Nie wieder« fallen würde, uns größtenteils getrogen hat? Daß wir uns Hoffnungen gemacht haben, die nicht erfüllt worden sind, weil das Nationale, der Nationalismus wieder Oberhand gewonnen hat?

Meine Hoffnung, die sich nicht erfüllt hat, ist die, daß es keine Kriege mehr geben wird. Ich hatte wirklich gehofft und geglaubt, der phantastische Ansatz der Vereinten Nationen – die globale, kollektive Sicherheit – würde, aus gewisser Erfahrung des Völkerbundes korrigiert, funktionieren.

Genieren Sie sich manchmal wegen dieser Hoffnung, oder sind Sie nur traurig?

Ich bin nur traurig, denn ich sehe kein anderes Ziel. Ich sehe die Notwendigkeit, die Vereinten Nationen zu stärken.

Hat der Westen, haben nicht jene, die die Moral auf ihrer Seite wäbnten – notfalls auf Biegen und Brechen der Wahrheit, Herr Bahr –, nicht im Kalten Krieg mitgebaut an der Berliner Mauer?

Man darf Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Man darf nicht übersehen oder vergessen, *wer* die Mauer gebaut hat. Aber daß das wechselseitig war, daß da eine gegenseitige Beeinflussung stattgefunden hat, kann nicht in Abrede gestellt werden.

Doch zum Problem generell: Wenn wir nicht imstande sind, unseren Verstand zum Richtmesser unseres Verhaltens zu machen, wird die Welt untergehen.

Verstand und Elite: Können Sie sagen, wie Sie sich eine Elite denken, an der Sie nicht Anstoß nehmen?

Kann ich mir im Augenblick nicht denken. Das müssen Sie genauer beschreiben.

Ich will es versuchen. Es muß ausgeschlossen sein, daß man durch Geburt hinein kommt. Es muß ausgeschlossen sein, daß man durch Vermögen hinein kommt. Das heißt, es muß gesichert sein, daß alle einen möglichst gleich harten – Unterschiede wird es immer geben, ich rede nicht von Begabung, sondern von der Startchance – Zugang zum Eingangstor zu dieser Elite haben. Sind wir da einen Schritt weiter

gekommen in den letzten zehn Jahren, oder sind wir in die falsche Richtung abgekommen?

In den letzten zehn Jahren hat sich in Westdeutschland nicht sehr viel verändert. Ich glaube, die Startchancen in Ostdeutschland sind total verändert worden. Sie sind schlechter als die in Westdeutschland. Insofern haben wir da einen großen Nachholebedarf.

Können Sie sagen, was es an Grundfehlern der Arten, gar nicht im Detail, der Mentalitäten auf der Seite der Westdeutschen gegenüber dem ostdeutschen Teil gegeben hat?

Der wichtigste Punkt ist, und ich nehme mich da nicht aus, daß wir das Problem der Mentalitätsunterschiede überhaupt nicht gesehen und erkannt haben. Es gibt zwei Klassiker: Von von Dohnányi ist das eine Buch »Das Wagnis« und das andere Buch »Der Einheitsvertrag« von Schäuble, in beiden kommt das Wort Mentalität gar nicht vor. Weiterhin glaube ich, daß die Westdeutschen nicht gesehen haben und auch nicht sehen, daß Deutschland für den verlorenen Krieg bezahlen muß. Und daß diese Bezahlung, weitgehend von der DDR übernommen, nun nachträglich mitbezahlt werden muß von Westdeutschland.

Erlauben Sie mir eine letzte Frage: Was hätten Sie gern, daß man Ihnen nachruft, wenn Sie tot sind, Herr Bahr?

Er hat sich bemüht.

9. April 2001

Aus:

Günter Gaus, Zur Person

edition ost im Verlag Das Neue Berlin, 2001



»Für alle Probleme gibt es vernünftige Lösungen«

Ist die neue Weltunordnung den Umbrüchen von 1989/90 geschuldet? Ein Gespräch mit Egon Bahr

»Sie müssen nach links gehen. Das wird Ihnen sicher nicht schwerfallen.« Mit diesen wegweisenden Worten und einem Augenzwinkern verabschiedet Egon Bahr die Besucherin nach einem einstündigen Interview in seinem Büro im Willy-Brandt-Haus in Berlin. Das Gespräch mit dem weisen Mann war wie immer kurzweilig, angenehm, anregend und amüsant. Mit Professor Egon Bahr sprach Karlen Vesper.

Herr Bahr, sind Sie – 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer – zufrieden mit der Entwicklung in Europa oder eher enttäuscht? Teils, teils. Die europäische Einigung ist die größte Erfolgsstory seit dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg. Ein Traumergebnis: Ein Krieg zwischen den einstigen »Erzfeinden« Deutschland und Frankreich ist unmöglich geworden. Mehr noch: Europa ist weder in der Lage noch willens, einen Krieg zu führen, nicht einmal einen Krieg zu erklären. Es herrscht Frieden in Europa seit siebzig Jahren.

Ende der 1990er Jahre führte Europa Krieg gegen Jugoslawien. Das war der einzige Schritt abseits vom Wege. Europa liegt an der Leine. An der Leine der NATO. Und das hat etwas zu tun mit der Special Relationship zwischen den Engländern und den Amerikanern. Deshalb kann Europa in allen außen- und sicherheitspolitischen Fragen nicht mit einer Stimme sprechen. Die Engländer blockieren jede Entscheidung, die den Amerikanern nicht gefällt. Während meiner Verhandlungen 1970 in Moskau habe ich Herrn Gromyko genau so offen und klar erzählt, was wir können und was wir nicht können, wie zuvor Herrn Kissinger. Andrej Andrejewitsch, der sowjetische Außenminister, hat bei einer Tasse Kaffee nach dem Essen gefragt: »Wann muss man denn damit rechnen, dass Europa mit einer Stimme spricht?« Da habe ich ihm gesagt: »Wiedervorlage in zwanzig Jahren, Herr Minister.« Hat er gefragt: »Meinen Sie das ehrlich?« – Ja. Als ich das meinem Bundeskanzler mitteilte, meinte Brandt: »Du bist ein Defätist.« Er konnte sich nicht vorstellen, dass es so lange dauern würde. Er konnte sich auch nicht vorstellen, dass die deutsche Einheit schneller kommt, als die Fähigkeit Europas, mit einer Stimme zu sprechen.

Sind Sie ein Defätist? Ich bin Optimist. Und ich weiß: Der »Rest« der Welt wartet nicht darauf, dass die Europäer endlich ihre Schularbeiten machen. Die Zeit läuft ab, ist begrenzt, in der Europa sein Ziel erreichen kann, ein international handlungsfähiger Pol in der multipolaren Welt zu werden.

1970 war Europa in Ost und West gespalten. Die vielen neuen Mit-

gliedstaaten, Polen, Ungarn, die baltischen Staaten, haben eigene Interessen, verstärken die Stimmenvielfalt, leider auch mit Russenphobie. Alle zerren an ihrer Seite des Tischtuchs. Wird das die EU zerreißen? Ist das Projekt Europa doch gescheitert? Ich hoffe nicht. Für alle Probleme gibt es vernünftige Lösungen.

Hat der Westen mit der Osterweiterung der NATO Russland düpiert? Ich nehme es keinem der Staaten, die nach 1990 Mitglied der NATO geworden sind, übel, dass sie das wollten. Sie wollten Sicherheit vor Russland, und zwar schnell und billig. Ich erinnere mich aber, dass wir zu unserer Zeit keine Sekunde daran geglaubt haben, dass die 3700 alliierten Soldaten, die in Westberlin zu unserem Schutz stationiert waren, in der Lage gewesen wären, gegen 500 000 Mann einer sowjetischen Elitarmee auch nur mehr als ein paar Stunden standzuhalten. Dass wir nicht angegriffen wurden, verdanken wir der Sicherheit, die man in Moskau hatte. Und man wusste dort: Ein Angriff auf Berlin würde Krieg mit Amerika bedeuten. Und Krieg wollte damals niemand. Und Krieg will heute auch keine Seite.

Sind Sie sicher? Ja. Die Sicherheitsgarantie der neuen EU-Mitgliederstaaten in Osteuropa ist ihre NATO-Mitgliedschaft und nicht die Anzahl der bei ihnen stationierten NATO-Soldaten und Soldatinnen, Panzer, Flugzeuge etc. Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist der, auf den – ich blicke wieder zurück – auch schon Gromyko beharrte: »Wir haben uns über nichts geeinigt, so lange wir uns nicht über die Grenzen geeinigt haben.« Alle Grenzen in Europa, egal wer sie wann, wo und wie gezogen hat, müssen unangreifbar, unveränderbar und unüberwindbar sein. Und so haben wir uns hingesetzt, vor allem mit Herrn Falin, der damals Leiter der Dritten Europäischen Abteilung in Moskau war, und haben die Formel gefunden: Alle Grenzen in Europa, egal wer sie wann, wo und wie gezogen hat, können nur oder dürfen nur im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden. Das war die Erlösung, die dann wörtlich in Helsinki, in der KSZE-Schlussakte

übernommen worden ist. Unvorstellbar schien nun auch, dass die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten aufgehoben werden könnte. Dagegen waren nur Albanien und die CDU. Hat aber auch nichts ausgemacht, den KSZE-Prozess nicht torpediert.

Nun wirft der Westen aber Putin vor, die Grenzen der europäischen Nachkriegsordnung verändern zu wollen. Will und kann er das? Und wie schätzen sie Russlands Präsidenten ein? Also erstens: Ich habe ihn noch nicht getroffen, kenne ihn nicht, habe ihn

Wovor soll Putin Angst haben? Die Wirtschaft wird ihre Interessen nicht auf dem Altar der Politik opfern.

sozusagen nie gefühlt. Zweitens: Wir hatten das Glück eines schweizerischen Bundespräsidenten, der als OSZE-Oberhaupt zu Putin gefahren ist und stundenlang mit ihm sprach. Mit dem Ergebnis, dass die OSZE einen verantwortliche Rolle im Ukraine-Konflikt eingeräumt bekam und Runde Tische gebildet wurden. Das war für mich das Zeichen, dass Putin ernsthaft eine einvernehmliche Regelung anstrebt. Wir mussten dann erleben, dass sein Einfluss begrenzt war. Er hat »nur« dazu gereicht, einige der von den Separatisten gefangen genommene OSZE-Beobachter freizubekommen.

Ich kann nur eines klipp und klar sagen: Wenn wir nicht zu der Minsker Friedensvereinbarung zurückkehren, dann gehen wir unruhigen Zeiten entgegen.

Wie ehrlich ist die strategische Partnerschaft mit Russland? Ist sie beendet oder nur unterbrochen? Man muss revitalisieren, was beschlossen worden ist, was in der NATO-Russland-Akte steht. Und dazu gehört Vertrauen. Vertrauen haben wir aber im Augenblick eben nicht. Das ist die Not, die Krux. Man muss Vertrauen wieder herstellen.

Aber wie? Ihr guter Bekannter Henry Kissinger vermutet, dass die US-Regierung in der Ukraine einen von ihr erhofften Regimewechsel in Russland probt. Teilen Sie seine Ansicht?



Ich habe eine berühmte Freudsche Fehlleistung im Ohr: »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.«

Walter Ulbricht am 15. Juni 1961 auf einer internationalen Pressekonferenz: »Äh, mir ist nicht bekannt, dass solche Absicht besteht, da sich die Bauarbeiter in der Hauptstadt hauptsächlich mit Wohnungsbau beschäftigen.« Richtig. Daran habe ich mich erinnert, als Obama vor kurzem sagte: »Russland ist eine Regionalmacht, die einige ihrer direkten Nachbarn bedroht – nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche.« Das entsprang einer Analyse von Herrn Brzezinski, einst Sicherheitsberater bei Carter. Brzezinski konstatierte: »Russland ohne die Ukraine ist eine Regionalmacht.« Obamas Freudsche Fehlleistung ist

von etwas größerer Dimension als Ulbrichts. Putin will die Ukraine gar nicht »haben«.

Woher wollen Sie das wissen? Die Krim ist wieder bei Russland. Die territoriale Integrität der Krim muss anerkannt werden – und zwar von allen Seiten. Ebenso ist anzuerkennen, dass eine NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine unmöglich ist. Bleibt die Frage mit der EU. Die Ukraine wird noch auf lange Zeit nicht reif sein für eine Vollmitgliedschaft. Finnland, Schweden und Österreich sind keine NATO-Mitglieder, gehören aber der Europäischen Union an.

Das könnte eines fernen Tages auch die Ukraine. Nach einigen Dummheiten hat nunmehr aber Brüssel erklärt, die Ukraine ist auf lange Zeit nicht reif für die Vollmitgliedschaft.

Sie würden eine ukrainische Vollmitgliedschaft in ferner Zeit begrüßen? Ja, natürlich. Es bliebe allerdings die ukrainische Spezialität der Spaltung des Landes zwischen lateinischem und orthodoxem Christentum. Dieses Problem können die Ukrainer nur allein regeln. Und werden das auch, wahrscheinlich in einer wie auch immer gearteten föderativen Form.

Glauben Sie, der Ukraine-Konflikt ist der Spaltung der Nation in orthodoxe und römische Christen geschuldet? Und der Kitt des euro-

päischen Hauses sind religiöse Werte?

Nein. Aber die einigenden christlichen Werte sind unbestreitbare Realität, die kann ich doch nicht wegbeschließen wollen.

Wer oder was ist Ihrer Ansicht nach schuld am Krieg in der Ukraine?

Ich bin kein Schiedsrichter. Mir ist allerdings aufgefallen, dass der republikanische Senator McCain in Kiew auftrat und Erklärungen abgab, als könne er für Amerika sprechen und obendrein vollbrüstig der Ukraine die NATO-Mitgliedschaft in Aussicht stellte. Ich kann auch nicht vergessen, dass wir Deutschen einen Außenminister hatten, der ebenfalls dorthin fuhr und das Gleiche suggerierte. Und ich kann nicht übersehen, dass der amerikanische Vizepräsident in Kiew Entsprechendes sagte und sein Sohn in der Administration einen Job bekam, durch den die Amerikaner alles wissen, was sie wissen wollen.

Steinmeier hat zusammen mit seinen Kollegen, dem Franzosen Fabius und dem Polen Sikorski, eine Regelung erreicht, durch die klar ist, dass es keine Regelung für die Ukraine mehr geben kann ohne Beteiligung Europas. Das ist etwas, was weiter gelten kann und wirken wird. Ich weiß übrigens bis heute nicht, weshalb der Janukowitsch abgehauen ist.

Weil der nunmehrige Ex-Präsident um sein Leben fürchtete.

Das ist unwahrscheinlich. Das Abkommen der drei Außenminister wurde mit Janukowitsch ausgehandelt. Ich weiß, dass Steinmeier überrascht war, am nächsten Morgen zu erfahren, dass er in der Nacht abgehauen ist. Nun hat er in Russland Asyl bis zum Ende seines Lebens.

Gorbatschow hat jüngst in Berlin gemahnt, es drohe ein neuer Kalter Krieg. Laut dem kürzlich verstorbenen Peter Scholl-Latour befinden wir uns in einem solchen schon seit Jahren. Ihr Kommentar?

Ich schätze und bewundere sowohl Michail Sergejewitsch wie Scholl-Latour. Trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass »Kalter Krieg« der Ausdruck für den Systemkonflikt zwischen Ost und West war. Diesen Systemkonflikt gibt es nicht mehr. Die Frage war: Ist der Kommunismus oder der westliche Kapitalismus zukunftsträchtig? Diese Frage ist entschieden. Heute steht eine andere an. Diese hat der gebürtige Ungar Soros, als der Kalte Krieg vorbei war, treffend formuliert: Wenn der Kapitalismus nicht fähig ist zu Reformen, wird es ihm genauso ergehen wie dem Kommunismus – er wird untergehen. Die Hypertrophie des Kapitalismus, wie wir sie gegenwärtig im Westen erleben, ist so beachtlich, dass ich eine Gefährdung dieses Systems für denkbar halte. Vor allem, wenn ich an einen maßgeblichen Faktor denke, der in den politisch-strategischen Überlegungen kaum eine Rolle spielt.

Welchen meinen Sie?

Das Internet und das Handy.

Diese beiden Innovationen sind an der Weltmisere schuld?

Zu einem großen Teil. Ohne Handy kein Arabischer Frühling. Ohne Handy keine Unruhen in der Wallstreet. Deutschland hatte einen Verteidigungsminister, der innerhalb von 48 Stunden der Lüge überführt war. Und 48 Stunden später gab es eine Petition an die Kanzlerin, der sie mit der Entlassung des Schwerenöters gefolgt ist. Das globale Netz spielt schon in der internationalen Politik mit.

Das bedeutet?

Das sich alle Global Players und nicht Global Players auf drei Prinzipien einigen müssten: Gleiche Sicherheit, Verlässlichkeit, Kontrollierbarkeit. Damit wir alle in einer Welt friedlich zusammen leben können.

Neue Spannungen, neue Kriege – sind die Umbrüche von 1989/90 schuld an der heutigen Weltunordnung? Die Welt ist nicht friedlicher geworden nach dem Ende des Kalten Krieges der Systeme.

Nein, ist sie nicht.

Die bipolare Welt war friedlicher.

Nein. Auch damals wurde in vielen Regionen der Welt geputscht, wurden Kriege geführt. Als Gorbatschow jetzt in Berlin war, sagte er zu mir: »Viele Leute glauben, es sei uns damals leicht gefallen, das zu machen, was wir gemacht haben. Das Ge-

genteil war der Fall.« Und das stimmt.

Über die Sicherheitsstruktur für ein zu vereinigendes Deutschland entschieden nur die beiden damals mächtigsten Männer: Bush senior und Gorbatschow. Sie brauchten dazu weder Mitterrand, noch Maggie Thatcher, noch Kohl, noch die Ostberliner zu fragen, geschweige zu konsultieren. Bush und Gorbatschow entschieden, dass die NATO nur bis zur Oder-Neiße-Linie ausgedehnt wird, also bis zur polnischen Westgrenze. Gorbatschow beharrte darauf: »Ihr dürft uns nicht auf den Pelz rücken.« Und Bush sicherte ihm zu: »Es werden keine fremden Truppen und keine Atomwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert.« Daran haben sich die Amerikaner gehalten. Aber beide, Gorbatschow wie Bush, konnten nicht voraussehen, dass es ein Jahr später keine Sowjetunion mehr geben würde. Keiner der beiden hat rechtliche Verpflichtungen für seine Nachfolger abgegeben und geben können!

Ja und?

Ich will damit sagen: Es ist niemand über den Tisch gezogen worden. Das war die Realität. Und die heutige Realität ist: Beide Mächte, Amerika und Russland, sind gegenüber anderen schwächer geworden. Aber beide sind die einzigen, die über eine atomare Zweitschlagfähigkeit verfügen. Den Schirm, den sie zwischen sich während des Kalten Krieges gespannt haben, hielten sie mit großem Verantwortungsgefühl aufgespannt. Das galt auch in der Kuba-Krise. Diesen Schirm gibt es noch. Er bürgt für die Sicherheit in Europa.

Aber die Beziehungen zu Russland sind miserabel. Brauchen wir eine neue Ostpolitik? Und wie würden die Kernthesen lauten, wenn Sie diese formulieren würden?

Zurück zu Minsk, zurück zur NATO-Russland-Akte. Also Abbau von Bedrohungen. Dann folgt alles andere. Wir haben schon durch die Ostsee-Pipeline gemeinsame Sicherheit gewonnen. Es gilt, gemeinsame Interessen wie Energie gegen Geld zu vereinbaren und sich daran zu halten.

Wie stehen Sie zu den Sanktionen?

Ich habe Sanktionen nie für wirksam gehalten. Putin kann Zeitung lesen. Und da liest er die Botschaft: »Es soll euch nicht wehtun. So ernst meinen wir das gar nicht.«

Derart interpretieren Sie die Sanktionspolitik gegen Russland?

Ja. Wovor soll Putin Angst haben? Vor etwas, was ihm nicht wehtun soll? Das ist doch lächerlich. Die Wirtschaft wird ihre Interessen nicht auf dem Altar der Politik opfern. Das hat die deutsche Wirtschaft auch unter Adenauer nicht getan. Und dank unserer Ostpolitik boomte sie.

Der SPD wird nach wie vor vorgehalten, mit der Ostpolitik die deutsche Einheit aufgegeben zu haben. Quatsch. Mit diesem alten Vorwurf setze ich mich nicht mehr auseinander. Wir haben das Gegenteil oft genug bewiesen.

Im Januar 1989 sprachen Sie mit dem US-Botschafter Vernon Walters, der Ihnen sagte, er werde die deutsche Vereinigung noch als Botschafter in Bonn erleben. Sie würden wie eine Flutwelle anrollen. Ein Indiz dafür, dass Washington gewisse Schleusen zielgerichtet geöffnet hat?

Ich weiß nicht, was der CIA eingeleitet hatte. Ich fand den Walters sehr sympathisch, weil er fast alle Karl May-Bände in seiner Bibliothek hatte. Aber ich habe seine Worte nicht ernst genommen. Ich fragte nur: »Wie lange werden Sie denn bei uns Botschafter bleiben?« – »Drei Jahre.« Da habe ich abgewunken. Doch bevor diese um waren, ist seine Ankündigung eingetreten.

Wir waren in der DDR überrascht, als 1987 sowjetische Schriftsteller über eine Vereinigung beider deutscher Staaten debattierten. Ich kann dazu nur sagen: Wir haben 1970 in Moskau einen Vertrag geschlossen und dort den sogenannten Brief zur Deutschen Einheit hinterlegt, in dem stand, dass der Anspruch des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung durch den Vertrag nicht berührt wird. Das Wort »Wiedervereinigung« kam darin nicht vor. Es steht auch nicht im Grundgesetz.



Als der norwegische König aus dem Exil kam, verkündete er: »Ich bin auch der König der Kommunisten.«

Und mehr war nicht zu erreichen. Das hat auch die DDR akzeptiert. Und so wurde auch Helsinki möglich. Die ganze Welt hat die deutsche Einheit nicht mehr ernst genommen; sie stand zumindest nicht auf der Tagesordnung.

Die Sozialdemokraten werden von der CDU immer noch als »Vaterlandsverräter« diffamiert, dabei hat Kohl Ihre Ostpolitik fortgesetzt – und just auch vor harschen Tönen an die Adresse Moskaus gewarnt.

Kohl ist ein Beispiel dafür, dass ältere Herren Recht haben können. Genauso wie Kissinger, genauso wie Gorbatschow. Und, wenn ich mich einbeziehen darf ...

Selbstredend dürfen Sie.

Ich habe neulich mit größter Aufmerksamkeit zwei große Reden wiedergelesen: die von Brandt im Frühjahr 1990 auf dem Parteitag der SDP in Gotha, an einem historischen sozialdemokratischen Ort ...

Der Vereinigungsparteitag von SDAP und ADAV fand dort 1875 statt. In Gotha wurde auch die USPD 1917 gegründet, eine linke Abspaltung der SPD.

Richtig. Und die zweite Rede, die ich jetzt noch einmal nachlas, war Kohls erste Regierungserklärung vor dem gesamtdeutschen Parlament. In beiden Reden kommt das Wort »Unrechtsstaat« nicht vor.

Sie haben mir eine Frage »geklaut«. Ich wollte Sie nämlich noch später fragen, ob Sie je das Gefühl hatten, mit Vertretern eines Unrechtsstaates zu verhandeln?

Soll das ein Witz sein?!

Brandt wie Kohl haben unabhängig voneinander das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen gelobt, mit dem Zusatz, sie könnten auch zu Recht stolz auf ihre Lebensleistung sein. Und sie haben nicht allein den Krieg verloren. Kohl hat daraus die Konsequenz entwickelt, dass nach der nun erreichten Einheit nach außen die innere Einheit das große Ziel sei. Dazu braucht es Versöhnung. Die verlangt von denen, die am meisten gelitten haben, noch einmal am meisten. Aber mit weniger wird es nicht gehen.

Brandt empfand es als schmerzhaftes Niederlage, dass statt Versöhnung die Abrechnung mittels der Stasiunterlagenbehörde getreten ist.

Ich habe das Gefühl, das Klima in Deutschland ist unwirtlicher, kälter, aggressiver geworden. Wenn man allein an die Kampagnen gegen Rot-Rot-Grün in Thüringen und die Hetze und Drohungen gegen Linkspolitiker denkt ...

Was sich hier abspielt, wundert mich nicht. Ich kann mich nur wundern, wenn Herr Gauck eine absolut demokratische Wahl nicht anerkennt. Oder bezweifelt oder bekrittelt. Während in Köln schreckliche Pogrome stattfanden. Der Aufmarsch der Rechtsextremisten und Salafisten wäre auch ein präsidentiales Wort wert gewesen. Nein, man versucht, Menschen unsicher zu machen, um vielleicht doch noch zu erreichen, dass das unzweifelhafte Ergebnis einer legalen Wahl nicht umgesetzt wird.

Ich fand Gaucks Einmischung auch insofern sehr verwunderlich, ja schäbig, weil er vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten um Stimmen der Linken buhlte und bettelte.

Als der norwegische König aus dem Exil kam, verkündete er: »Ich bin auch der König der Kommunisten.« Als Gauck gewählt war, hätte er zumindest sich sagen müssen: »Ich bin auch der Bundespräsident der Linken.«

Glauben Sie, dass eine rot-rot-grüne Regierung in Thüringen ein außen- und sicherheitspolitisches Risiko für Deutschland ist, wie die Bundeskanzlerin meint?

Natürlich nicht.

Wie standen Sie 1956 zum KPD-Verbot in der Bundesrepublik und wie heute?

Ich war der Auffassung, dass es falsch ist. Und zwar deshalb, weil man zwar eine Partei verbieten kann, aber den Menschen nicht ihre Überzeugungen. Und warum sollte diese Bundesrepublik Deutschland in der Mitte Europas das einzige Land auf dem Kontinent sein oder bleiben, das nicht auch am linken Rand eine eigene Partei hat?

Immer mal wieder ist aus den Reihen der SPD wie aus der Linkspartei das Begehren nach Fusionierung zu vernehmen. Fänden Sie das gut?

Als Brandt zum ersten Mal Gorbatschow in Moskau traf, schlug Michail Sergejewitsch vor: »Wir sollten eine Arbeitsgruppe bilden, um die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden.« Das fand ich sehr mutig von ihm. Und für Brandt und mich gefährlich. Weil das in Deutschland einen Sturm der Entrüstung gegeben hätte. Und so antwortete ich: »Wir sollten uns koordiniert erst einmal um dringlichere Aufgaben, um Abrüstungsfragen.« Das fand Gorbatschow hervorragend. Und bat Falin und mich, sich der Sache anzunehmen. Die weitere Entwicklung ist dann darüber hinweggerollt.

Ich erinnere mich aber auch, dass Brandt über sich selbst sagte: »Je älter ich werde, um so linker werde ich.« Wenn ich sehe, wohin dieser Kapitalismus treibt, habe ich das Gefühl, dass es bei mir ähnlich ist.

Nach der Wende in der DDR hat Brandt für eine Aufnahme von willigen SED-Mitgliedern in die sozialdemokratische Partei plädiert.

Er sagte in Gotha, dass jedes ehema-



lige SED-Mitglied, das nicht Dreck am Stecken hat, nicht kriminell war und unser Programm bejaht, erhobenen Hauptes zu uns kommen könne. Das war auch meine Meinung.

Ganz Deutschland redet jetzt über Biermanns »Liedeinlage« im Bundestag. Haben Sie diese gesehen und gehört?

Nein. Ich verübele ihm seine Angriffe auf meinen Freund Lew Kopelew, den ich aus Moskau rausgeholt habe. Pleitigen hatte uns miteinander bekannt gemacht. Kopelew wurde später die Staatsbürgerschaft entzogen. Das ist eine der schlimmsten Strafen, die man einem Russen antun kann. Wir haben später auch seine Frau zu uns geholt. Sie war ganz erstaunt, dass sich die Türen zu den Geschäften von alleine öffneten, wenn man sich ihnen näherte. Doch zurück zu Biermann: In einem miesen »Spiegel«-Interview griff er den großartigen Schriftsteller an, warf ihm Feigheit und Kapitulation vor, weil er nicht in der Sowjetunion geblieben ist, sondern bei uns Asyl gesucht hat. Das war eine Gemeinheit, die ich nicht verzeihen kann.

Mit Biermann wäre die »Friedliche Revolution« wohl nicht friedlich verlaufen. Nachdem die Mauer gefallen ist und er wieder in die DDR zurückkehrte, sang er: »À la lanterne« – ein Lied aus den Julitagen 1789, mit dem sich das geknechtete Volk von Paris die verhassten Aristokraten an die Laterne wünschte. Als Biermann das vortrug, lebten Schreckensbilder aus Ungarn 1956 wieder auf.

Biermann hat Sprachgewalt. Aber ein großer Künstler muss nicht ein guter Mensch sein. Ungarn 1956 beweist: Das 20. Jahrhundert war nicht friedlich. So viele Tote wie im vergangenen Jahrhundert hat es nie zuvor gegeben. Das neue Jahrhundert muss nicht die Schrecken des vergangenen wiederholen. Wir haben es in der Hand.

Außenminister Walter Scheel, Staatssekretär Egon Bahr und Bundeskanzler Willy Brandt (v.l.n.r.) studieren Akten vor der Sitzung über die Billigung der Ostverträge im Bundesrat in Bonn, 9. Februar 1972

Bahr, Bundesminister für besondere Aufgaben, und Michael Frolen, Sekretär für Westdeutsche Fragen im Politbüro des ZK der SED, am Tag der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Berlin-Ost, 21. Dezember 1972

Fotos S. 18: dpa/Maurizio Gambarini (oben), Britta Pedersen
S. 19: Wolfgang Kumm, Peter Popp, imago/Stana

Verantwortungsgemeinschaft mit Moskau und Washington

von Egon Bahr

Erwarten Sie nicht, dass ich mich an den täglichen neuen und durchaus beunruhigenden Meldungen zum Thema Ukraine beteilige. Ich gehe davon aus, dass ein unberechenbarer Gewaltausbruch vermieden werden kann, also Minsk II bis zum Ende des Jahres eine verlässliche Stabilität erreicht. Für die dann folgende Phase halte ich Überlegungen für angebracht zu einer europäischen Verantwortungsgemeinschaft mit Moskau und Washington.

I.

Die Historiker haben es gut. Sie betrachten die Vergangenheit und sind sich selbst dabei nicht immer einig, welche Fehler vermeidbar gewesen wären. Die Politik muss in der Gegenwart entscheiden, ohne zu wissen, was in der nächsten Woche passiert oder zu ahnen, welche Folgen ihr Kurs in einem halben Jahr haben wird. Meine Anmerkungen mit Anregungen reklamieren das Recht auf Irrtum. Diese Einschränkung muss am Anfang stehen.

Das verlässlichste Fundament der Außenpolitik bietet die Geographie. Amerika bleibt ein unentbehrlicher Faktor, Russland ist unverrückbar und Europa mit Deutschland in der Mitte bildet den Kern unserer Interessen. Die vielen Krisen, die sich überlappen, können eskalieren, schwer beherrschbar sogar zur Gefahr für den Frieden werden. Es würde wenig helfen, nach den Ursachen zu forschen oder gar Schuldzuweisungen vorzunehmen. Ohne Amerika säßen wir heute nicht im Adlon, das bekanntlich im sowjetisch besetzten Sektor lag. Berlin ist die Wiege, in der aus dem Sieger ein Freund wurde. Nachdem Kennedy sich zwei Jahre nach dem Bau der Mauer zum Berliner erklärte, gab es keine Krise mehr für die Stadt. Und als er Brandt während der Kuba-Krise warnte, es könne zu sowjetischen Vergeltungen kommen, antwortete ihm Brandt: Er müsse handeln, wie es seine globale Verantwortung verlange. Dabei blieb es.

Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler wurde Washington über das Konzept unserer Ostpolitik informiert, noch vor dem Bundestag und der deutschen Öffentlichkeit. Ohne amerikanische Rückendeckung hätte es die deutsche Entspannungspolitik nicht gegeben. Deutschland und Amerika – das wurde zu einer festen Bank, auch emotional. Wer auch immer dort und hier regierte. Das gegenseitige Vertrauen bewährte sich, als die Deutsche Einheit möglich wurde. Auf dieser Seite des großen Teiches, zu dem der Atlantik geschrumpft ist, ist nichts passiert, was zu den Vorgängen in den Vereinigten Staaten geführt hat. Seit Monaten reißen die alarmierenden Berichte nicht ab, von amtlichen Verfehlungen, Folterungen, außenpolitischen Unberechenbarkeiten. Es ist schrecklich, wie zerstörerisch mit Vertrauen und Neigungen umgegangen wird. Ich leide darunter.

Nach seiner ersten Wahl zum Präsidenten hat Obama erklärt, die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik, die seit dem Ende des Krieges auf Konfrontation zur Sowjetunion angelegt war, auf Zusammenarbeit auszurichten. Alle großen Aufgaben des neuen Jahrhunderts verlangten Kooperation. Damit wurde er zum Hoffnungsträger und mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Sein erster Erfolg wurde die Vereinbarung mit Putin, die

Zahl der strategischen Atomwaffen um ein Drittel auf je 1.500 zu verringern. Das ist inzwischen fast in Vergessenheit geraten. Immerhin wies der Weg in die Richtung, über die bloße Abschreckung mit dem unausrechenbaren Untergang beider Seiten das Prinzip der Vernunft zu etablieren. Sie vereinbarten deshalb, die vermeintlich relativ kleinen Hindernisse zu regeln, wie die amerikanischen Pläne einer Raketenabwehr in Polen und die 20 Atombomben in Deutschland.

In dieser Situation veröffentlichte Edward Snowden amerikanische Geheimberichte. Das war mehr als peinlich; denn sie stimmten und konnten nicht dementiert werden. Obama fühlte sich gelähmt, sagte seine Reise nach Moskau ab und kündigte begrenzte amerikanische Luftschläge gegen Syrien an. Putin half ihm, gesichtswahrend, zu einem Aufschub der militärischen Aktionen gegen Syrien. Beide trafen sich dann für rund 20 Minuten. Das reichte zu der Vereinbarung, keinen Krieg gegeneinander zu führen. Da waren sie wieder, die beiden Großen, die souverän Weltpolitik machen konnten, ohne Europa oder China fragen zu müssen. Beide Länder brauchen ihr Zusammenwirken im Nahen Osten, im Irak, für den Iran, um die Atomenergie auf garantierte friedliche Nutzung begrenzen zu können, im Kampf gegen den islamischen Terrorismus, auch für die amerikanische Nutzung der russischen Weltraumstation. Dabei wird es mehr um Interessen als um Werte gehen. Der Irrglaube einer Wertegemeinschaft mit Amerika ist schon während des Kalten Krieges zerbrochen.

Die Unterschiede der Werte sind teils zugedeckt worden, teils nicht ins Bewusstsein gerückt. Das nationale Interesse der USA ist von der moralischen Gewissheit durchdrungen, das auserwählte Volk Gottes zu sein. Nationalbewusstsein und Sendungsbewusstsein sind unlöslich verschmolzen. Es wäre sinnlos das zu kritisieren, weil es von europäischen Vorstellungen abweicht. Die amerikanische Position stellt einen moralischen Maßstab dar, der nicht verhandelbar ist.

Das entspricht auch der amerikanischen Haltung, sich nicht durch fremde Ordnungen binden zu lassen. Das hat mit Macht und weniger mit Werten zu tun. Die Globalmacht USA wird sich nur binden, wo ihr Interesse das rät. Sie wird insgesamt ihre Politik der freien Hand verfolgen, um ihren Einfluss zu vergrößern.

Nachdem Georg W. Bush im Jahr 2001 das Amt des Präsidenten übernommen hatte, ließ er im Frühsommer ein gigantisches Rüstungsprogramm vorlegen, das alle Welt davon abhalten sollte, sich überhaupt auf einen Wettlauf einzulassen. Es schloss Laserwaffen im Weltraum ein, die jeden Punkt auf dem Globus treffen sollten und Raketenabwehrsysteme, um unverwundbar zu werden, aber schlagen zu können. Das ist definitiv die Definition der Überlegenheit.

Es kam der 11. September. Die Brutalität des internationalen Terrors demütigte das mächtigste Land der Welt. Das politische Erdbeben veränderte die politische Landschaft. In der Wut nicht zurückschlagen zu können, wurde das Aufrüstungsprogramm praktisch ohne Diskussion in Kraft gesetzt. Seine Wellen liefen um den Globus. Viele Länder rüsteten auf, soweit es ihre Finanzen gestatteten.

Die politischen Auswirkungen waren fundamentaler. Sie reichen bis heute. Von den geleugneten Vorbereitungen eines Krieges gegen den Irak hatte Berlin schon vorher erfahren. Dennoch reagierte der Bundeskanzler unter dem Eindruck des 11.09.

unmittelbar mit der Zusicherung der uneingeschränkten Bündnispflicht. Der amerikanische

Verteidigungsminister Rumsfeld lehnte freundlich ab: Die USA würden künftig zwischen dem Alten und dem Neuen Europa unterscheiden und bei Aktionen, die es für notwendig erachtete, zwischen Willigen und Unwilligen.

Erstmalig lehnte Deutschland die Beteiligung am Krieg gegen den Irak ab, zusammen mit Frankreich, Russland und anderen, nicht zuletzt mit dem Papst. Die NATO verlor ihren Charakter als Bündnis, das nur im Falle eines Angriffs aktiv wird. Zum ersten Mal war bewiesen, dass Deutschland „Nein“ sagen kann, ohne seine internationalen Verpflichtungen zu verletzen.

Mit Rumsfeld hatte die Distanzierung Amerikas von Europa begonnen. Eine Supermacht lässt sich auch nicht durch eine schwerfällige Organisation wie der UN von der Verfolgung ihrer Interessen abhalten.

Der alte Gegner Sowjetunion wurde Partner gegen den neuen globalen Gegner des Terrorismus. Moskau gab den USA Überflugrechte und Stützpunkte für seinen Krieg gegen Afghanistan. Ein NATO-Russland-Rat wirkte entspannend. Die Sorge vor einem Land wich, das seine Hypermacht einsetzt, ohne Landesgrenzen zu achten, auch präventiv, ohne dass ein Land oder eine Gruppe von Ländern das verhindern kann.

Damals begann die Erkenntnis zu wachsen, dass die Selbstbestimmung Europas, nach dem Ende der Sowjetunion nur noch als Emanzipation von Amerika stattfinden kann.

1997 beschrieb Zbigniew Brezinski unter der Überschrift „Die einzige Weltmacht Amerika“ „Strategie der Vorherrschaft“ und definierte nach einem globalen Überblick Westeuropa als Protektorat seines Landes. Das war korrekt, zumal sich keinerlei Widerspruch erhob.

Unsere Emanzipierung von Amerika wird selbstverständlich und unabweisbar. Unsere Selbstbestimmung steht neben und nicht gegen Amerika. Sie hindert nicht die wirtschaftlichen Verflechtungen, die Pluralität der Demokratie, die kulturelle Verflochtenheit. Kurz: Zwischen keinen anderen Kontinenten gibt es eine vergleichbare Enge der Beziehungen. Die Realität verbietet Antiamerikanismus. Er ist dumm.

II.

Die Deutsche Entspannungspolitik hatte zwei Voraussetzungen:

Die erste: Sie begann in Washington. Ohne die Rückendeckung, die Henry Kissinger mit seinem außenpolitisch begabten, aber menschlich schwierigen Präsidenten Nixon uns verlässlich zusicherte, hätte es die Ostpolitik nicht gegeben. Sie wäre ein Abenteuer gewesen.

Die zweite: Sie konnte nur mit Moskau stattfinden. Wir haben uns sofort auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten konzentriert und ideologische Fragen ausgeklammert. Die Russen haben keine Sekunde versucht, mich zu einem Kommunisten zu machen, und ich wollte sie nicht zu einem Sozialismus sozialdemokratischer Prägung bekehren. Humanitäre Angelegenheiten kamen nicht auf offener Bühne auf den Tisch. Die ganz unvergleichbaren sowjetischen Vorstellungen waren nicht verhandelbar. Aber es gab Ergebnisse. Menschliche Erleichterungen in hoffnungslosen Fällen wurden durch Ausreisen erreicht. Gewissermaßen auf dem Gnadenweg. Darüber hat die deutsche Seite geschwiegen, um Vertrauen wachsen zu lassen. Menschenrechte als Keule sind von jeher nicht überzeugend erfolgreich gewesen, besonders wenn sie zuhause innenpolitisch wirken sollen. Zwei Wochen nachdem

Bundespräsident Joachim Gauck seine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Russland abgesagt hatte, holte Hans-Dietrich Genscher den prominentesten politischen Häftling Michael Chodorkowski aus dem Gefängnis.

Mit der gleichen Offenheit wie in Washington wurde dargelegt, was wir wollen und was wir nicht können. Die gegenseitige Verständigung funktionierte und hat später eine vertrauliche und enge Zusammenarbeit zwischen Moskau, Washington und Bonn gestattet, die auch die innerdeutschen Verhandlungen begleitete.

Auf der Krim konnten dann schon vor dem Inkrafttreten des Moskauer Vertrages Grundlagen für eine stabile Sicherheit beider Seiten erarbeitet werden. Wer mehr hatte sollte mehr reduzieren. Man verstand sich: Das Vertrauen gestattete, Strukturen eines Vertrages zu formulieren, der zwei gegeneinander gerichtete Bündnisse zur Koexistenz ihrer konventionellen Streitkräfte, kontrollierbar und ohne Nachteile für die Beteiligten, bringen sollte. Die Formel MBFR wurde geläufig und hat zur größten Waffenreduktion der Weltgeschichte geführt, später abgeschlossen von einem Menschen auf sowjetischer Seite, dessen Namen, Gorbatschow, wir noch nicht kannten.

So wuchs zwischen Russland und uns eine strategische Partnerschaft. Sie galt von Brandt über Schmidt, Kohl, Schröder bis Merkel, fünf Kanzler mit unterschiedlicher Statur und sehr verschiedenen Charakteren. Die Zahl der Herren im Kreml war größer. Ich nenne nur die wichtigen: Breschnew, Chruschtschow, Andropow, Jelzin und Putin. Ungleiche Menschen auch, aber mit starkem Führungswillen begabt. Sie haben praktisch 40 Jahre lang strategische Partnerschaft gelebt, mit dem Höhepunkt des Freundschaftsvertrages zwischen Kohl und Jelzin, der nicht gekündigt worden ist. Das Konzept war, auf unserem Kontinent eine Stabilität zu schaffen, die unabhängig von aktuellen Schwierigkeiten Frieden garantiert, unter Einbindung Amerikas. Diese Politik kann nicht so schlecht gewesen sein, was ihre Dauer und ihre Ergebnisse ausweisen. Jedenfalls auch nicht für die großen, die mittleren und die kleineren Staaten.

1991 nach dem Ende der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, wollten viele der alten und neuen Staaten Mitglieder der NATO werden. Das versprach Sicherheit vor Russland. Und für den neuen Brocken des vereinigten Deutschlands erfüllte die NATO maßgeschneidert Sicherheit vor Deutschland mit Sicherheit für Deutschland.

Dieses Bündnis ist Amerika im multilateralen Gewand, also ohne die USA nicht kriegserklärungsfähig, auch nicht kriegsführungsfähig. Gleichzeitig behielt Washington die freie Hand, ob, wann und wie es sich an einem Konflikt beteiligt. Das stellte die Frage nach der Rolle Europas schärfer denn je.

Seine Emanzipation von den USA, die Rumsfeld ausgelöst hatte, fand erst 2013 eine Antwort. Die Europawahl gab Parlament und dem Chef der Kommission eine demokratische Kompetenz, mit der sich die Regierungen arrangieren müssen. Bis dahin führten die beiden Institutionen praktisch die Wünsche aus, auf die sich die Regierungen verständigt hatten. Seit dem letzten Jahr entstand die Chance, Europa neu zu denken. Dafür möchte ich auf ein Wort von Willy Brandt zurückgreifen, das er 1966 formuliert hat. „Kein Volk kann auf die Dauer leben, ohne sein inneres Gleichgewicht zu verlieren, wenn es nicht ‚Ja‘ sagen kann zum Vaterland.“ Charles de Gaulles hat die Formulierung vom Europa der Vaterländer geprägt. Sie findet aktuell statt. Selbst im Zeitalter der supranationalen Organisationen bleibt der Nationalstaat von Bedeutung. Er ist der Raum,

in dem sich Menschen zuhause und geborgen fühlen. Selbst der Vertrag, den Adenauer noch unterschrieben hat, konnte trotz vieler guter Einsichten von Jugendwerk über Städtepartnerschaften bis zu Sitzungen der Regierungen nicht das Interesse der Menschen füreinander auf beiden Seiten schaffen, sich für die Innenpolitik des Nachbarn zu interessieren. Das offenbarte sich erschreckend bei den terroristischen und antisemitischen Überfällen in Paris mit den 12 Toten. Da erst fühlten wir uns verletzt und solidarisch.

Der Nationalstaat wird noch lange unentbehrlich sein. Gleichzeitig hat er sich überlebt, weil er die Sicherheit seiner Menschen nicht mehr allein garantieren kann und seine Souveränität zunehmend mit internationalen Organisationen teilen muss. Für die globalen Probleme wie Klima oder Umwelt ist kein Staat mehr groß genug. Nationalstaat und übernationale Bindungen schließen sich nicht aus.

Es wird geraume Zeit vergehen, ehe die europäischen Parteien und Gewerkschaften Beschlüsse fassen können, die für ihre nationalen Organisationen gelten. Noch immer kann niemand ein Datum nennen, wann Europa mit einer Stimme spricht. Optimisten hoffen auf 10 Jahre. Aber darauf wartet die Welt nicht, ihren Interessen zu folgen. Sie muss Europa als Lachnummer empfinden und ist höflich genug, nur hinter verschlossenen Türen den Kopf zu schütteln.

Was ist Europa und woran liegt es, dass es sein Ziel, Pol in der interpolaren Welt zu werden, akademisch wiederholt, aber praktisch nicht verfolgt? Willy Brandt war stolz auf den Erfolg seiner ersten Konferenz, noch im Dezember 1969. Er hatte mit Pompidou vereinbart, grünes Licht für den Beitritt Großbritanniens zur EU zu geben. Das Mutterland der Demokratie gehöre zu Europa wie die skandinavischen Länder auch.

England trat bei, aber die britische Politik bremste und sprang dann auf den Zug, um besser bremsen zu können. Sie ging schließlich nach Brüssel um besser kontrollieren zu können. Die britische Diplomatie arbeitet bewundernswert. England übernahm weder den Euro, noch trat es dem Schengener Abkommen bei.

Der Höhepunkt wurde die förmliche Erklärung, dass England in der Außen- und Sicherheitspolitik seinen Interessen folgen und nicht durch Beschlüsse der EU zu binden sei. Es denkt vorrangig nach Washington und nach Brüssel und weniger nach Moskau. Die Sonderbeziehungen zwischen London und Washington sind dominant geblieben. Die special relationship bietet beiden Ländern Vorteile. Washington kann beruhigt sein: England garantiert ihm, statt mit einem Bund der europäischen Staaten mit vielen Ländern einzeln verhandeln zu können. Dank des Einstimmigkeitsprinzips in wichtigen Fragen der EU kann England dafür sorgen, dass die EU keine Entscheidung trifft, die amerikanischen Interessen widerspricht. Diese Lage ist für beide Länder komfortabel. Sie ist die Ursache, dass die EU praktisch gelähmt ist, ihren Beschlüssen zur globalen Handlungsfähigkeit folgen zu können. Wer diese Lage ändern will, darf Großbritannien nicht vor die Wahl zwischen Europa und den USA stellen. Die bestehenden Verträge müssen unverändert bleiben. Seine atomare Souveränität ist wie die Frankreichs unantastbar. Die Realitäten haben die besonders engen Beziehungen der Zusammenarbeit der Geheimdienste zwischen London und Washington entwickelt. Sie haben einen Grad von Integration erreicht, der europäische Unabhängigkeit praktisch gegenstandslos gemacht hat. Auch die deutschen Dienste sind, was binäre grenzüberschreitende Aktivität angeht, de facto zu

einem Teil des amerikanisch-europäischen Netzes geworden. Die deutsche Idee eines no-spy-Vertrages wurde still beerdigt. Das wird wohl so bleiben.

Das alles hängt davon ab, ob England erklärt, seine opting-out-Regeln nicht mehr anzuwenden. Seine konventionellen Mittel würden Stärke und Glaubwürdigkeit für die baltischen und andere Staaten erhöhen, die Sorge vor Russland haben. Amerika behält seine dominante NATO Rolle in Europa.

Wenn England das ablehnt, stünde die EU vor der Lage, entweder seine Beschlüsse aufzugeben, Pol in der interpolaren Welt zu werden oder souverän zu handeln, ohne sich künftig durch britisches opting-out hindern zu lassen. Das wäre schade.

Denn unser Ziel muss bleiben, Europa gemeinsam mit England eine gewichtige Stimme in der Welt zu verleihen. Ich bin sicher, Willy Brandt würde solche Überlegungen als zeitgemäße Fortsetzung seiner Überzeugung sehen: England gehört zu Europa.

Die politische Szenerie hat sich in kurzer Zeit beunruhigend verschlechtert. Aus Partnerschaft mit Russland ist Konfrontation geworden. Wenn beide Seiten fortfahren, militärische Aufmärsche zu organisieren, mit den Waffen zu klirren und das Wort Abschreckung aus den Zeiten des Kalten Krieges wieder belebt wird, dann sind Sorgen erklärbar, ob diese Entwicklung beherrschbar bleibt. Wenn amerikanisches Verhalten den Eindruck erwecken kann, Russland in die Knie zwingen zu wollen, dann teile ich die Meinung von Horst Teltschik, es sei blanker Irrsinn; das hätten schon Napoleon und Hitler versucht. Auf die Gegenwart bezogene Warnungen haben Kissinger und Gorbatschow, Kohl und Schmidt ausgesprochen.

Der Blick in die Medienlandschaft legt es nahe, einige Realitäten in Erinnerung zu rufen. Zunächst: Russland ist nicht Mitglied der NATO, die Ukraine auch nicht. Wie beide Länder miteinander umgehen, kann uns nicht gleichgültig lassen; auch wenn keine Aktion gemeldet worden ist, durch die das Territorium des Bündnisses auch nur um einen Zentimeter verletzt worden ist. Der Ausgangspunkt westlicher Entrüstung ist die russische Annexion der Krim. Sie stellt auch nach meiner Auffassung eine Verletzung internationaler Verträge dar, die nicht anerkannt werden kann.

Ich habe eine solche Forderung aus Moskau übrigens nicht gehört. Das war 1970 anders. Bonn hat eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR abgelehnt. Brandt hat sie als Staat bezeichnet, der für uns nicht Ausland sein kann. Das bedeutete de facto die Respektierung der DDR als Staat. Diese Respektierung war 20 Jahre lang der völkerrechtliche Rahmen der gesamten Ostpolitik für viele Verträge und internationale Abkommen. Die Respektierung der russischen Krim wäre eine Analogie auch ohne zeitliche Begrenzung.

Die Rivalität zwischen Washington und Moskau in Europa ist das Grundthema seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Es hat viele Variationen gegeben, vom Kalten Krieg und unterschiedlichen Arten von Koexistenz blieb das übergeordnete Interesse bestehen: Kein unberechenbar offener Krieg. Beide brauchen ihr Zusammenwirken für die globalen offenen Probleme.

Obama hat in seiner Rede in Westpoint formuliert, militärische Macht nur einzusetzen, wenn seine lebenswichtigen Interessen unmittelbar bedroht sind. Das ist eine neue Phase der Rivalität. Man könnte das als „friedlichen Krieg“ bezeichnen. Amerika fühlt sich stark genug, aus der zweiten Linie zu führen. Das erhöht die Verantwortung seiner

Verbündeten, aber auch den Grad ihrer Lasten und Gefährdungen, die für Amerika geringer werden.

Das ist zunächst beruhigend. Es soll keinen großen Krieg geben. Schon Stalin hat gewarnt, Marschällen politische Macht zu geben, und Eisenhower hat als ehemaliger militärischer Oberbefehlshaber vor dem militärisch-industriellen Komplex auf beiden Seiten gewarnt. Den gibt es immer noch.

Im „friedlichen Krieg“ können sich Obama und Putin mit dem Blick auf China und andere heranwachsende Großmächte, heute noch mehr als vor zwei Jahren, auf ihr Zusammenwirken für große Probleme stützen. Aber Obama und wer immer ihm nachfolgt, kann sich bequem zurücklehnen und beobachten, wie Russland schwächer wird. Seit Obama Russland zur Regionalmacht abgewertet hat, verstehe ich natürlich die Schwierigkeit, das zu revidieren. Aber ich verstehe eben auch Putin, nun erst recht zu beweisen, was alles nicht gegen ihn und ohne ihn möglich ist. Dabei ist Putin zu intelligent, um nicht zu wissen, dass er der Schwächere ist, was Waffen, Streitkräfte und Energiepreise angeht. Umso mehr muss er darauf bestehen, auf Augenhöhe behandelt zu werden. Das sind im „friedlichen Krieg“ zwei gegeneinander gerichtete Rechnungen, die nicht aufgehen.

III.

Die Menschheit steht an einem historischen Wendepunkt, stellt Henry Kissinger fest und fordert eine neue „Weltordnung“. Ihre Grundsätze leitet er von den Regeln des Westfälischen Friedens ab, der Souveränität der Staaten und der Nicht-Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Frieden verlangt danach auch den Respekt vor Staaten, die nach westlicher Auffassung keine Demokratie sind, und den Respekt, dass jeder Staat über seine innere Ordnung entscheidet. Für Saudi-Arabien und China ist das Realität. Das als globales Denken in globalen Fragen zu verallgemeinern, fällt schwer.

Die Mehrheit der Länder und Erdteile lebt mit anderen Kulturen und Werten, und sie erwarten Achtung dafür.

Das gilt auch zu den veränderten Beziehungen zwischen Europa und Amerika. Man könnte es eine berechenbare Unabhängigkeit nennen, die den Kitt der gemeinsamen Interessen nicht verletzt. Washingtons Führungswillen ist ungebrochen, gerade im „friedlichen Krieg“. Wir können Russland nicht aufgeben, weil es Amerika nicht gefällt. Wir sollten uns darauf konzentrieren, zu Russland verlorenes Vertrauen wieder herzustellen. Diese Phase könnte man als kooperative Existenz bezeichnen. Dieses über bloße Koexistenz hinausgehende Konzept gestattet den gezielten Ausbau unserer Zusammenarbeit. Das gilt auch für das Thema von Energielieferungen. Sie treffen die Interessen beider Seiten und fördern Stabilität in Europa.

Nach Erfüllung der Minsker Abmachungen sollten deutsche Initiativen den Nato-Russland Rat wieder beleben, um permanente Abstimmungen über Sicherheitsfragen zu gestatten. Merkel und Hollande haben sich gegen Mehrheiten in den USA und wohl auch in Russland gewendet, die für schärfere Gangarten in der Art des Kalten Krieges sind. Sie setzen dagegen Putins frühere Idee eines wirtschaftlich gemeinsamen Raumes zwischen Lissabon und Wladiwostok. Wenn Putin nach dem europäischen Modell Russland und die ehemaligen Staaten der Sowjetunion zu einem Organismus formen will, dann eröffnet sich

eine Perspektive des stabilen Friedens für einen Raum zwischen den Ozeanen. Praktische Vorbereitungen, wie aus der Idee ein Programm wird, sollten beginnen, sobald die Ukraine-Krise dauerhaft entschärft ist, vielleicht schon parallel dazu.

Zum Schluss:

Rücksichtslosigkeit und Maßlosigkeit, mit der sich der „Islamische Staat“ mit dem Anspruch des Kalifats von der zivilisierten Welt abgekoppelt hat, machen einen Konflikt unausweichlich. Obama hat mit Recht erläutert, dass der Westen nicht gegen den Islam kämpft, aber sich im Krieg gegen den IS befindet. Dieses Problem hat nicht nur Europa bis an seine Ostgrenze, sondern auch Russland über seine Grenzen hinweg. Tschetschenien hat eine islamische Mehrheit seiner Bevölkerung. Alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion bis an die chinesische Grenze haben unterschiedlich starke Gruppen von Moslems, die sich zum IS bekennen und Kämpfer des Kalifen werden wollen. Die Zahl derer, die nach Syrien und in den Irak streben, ist mindestens gleich groß, wahrscheinlich größer als die Zahl dieser Aktivisten aus Westeuropa. In diesem unausweichlichen Krieg wird Putin zum potentiellen Verbündeten.

Den 70. Jahrestag des Kriegsendes wird am 9. Mai die Welt in Moskau begehen. Wer die Seele Russlands erreichen will, wird dabei nicht fehlen dürfen. Darum werden Putin und Merkel nach der Vergangenheit am 10. Mai die besondere deutsche und russische Verpflichtung für die Zukunft unterstreichen.

Egon Bahr hielt diese Rede anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Dr. Friedrich Joseph Haass-Preis 2015 am 26. März dieses Jahres.

[Die Laudatio](#) hielt der Botschafter der Schweiz in Deutschland, Tim Guldemann.

Das Blättchen, 18. Jahrgang | Nummer 8 | 13. April 2015